



## Bildung ist keine Ware

**So sieht die Realität nach Einführung von Studiengebühren in fünf Bundesländern nun also aus: die Verwendung der Gebühren und die daraus entstehenden Studienbedingungen werden inzwischen unter dem marktwirtschaftlichen Aspekt der Kundenzufriedenheit untersucht. Dieser Ansatz zeigt, in welche Richtung uns die neoliberale Bildungspolitik der letzten Jahre gebracht hat.**

Wettbewerb zwischen den Universitäten, Kundenzufriedenheit, Studiengeschwindigkeit, es dürfte nicht verwundern, würden bald Unternehmensberater in den Fluren der Universitäten und Hochschulen gesichtet werden, die den Bildungseinrichtungen dabei helfen sollen, ihre "Kunden" zufrieden zu machen.

Denn zufrieden sind die Studenten keinesfalls, was die Verwendung der durch sie geleisteten Studiengebühren betrifft. Dies zeigt die Studie der Uni Hohenheim deutlich. Und den Universitäten wird es auch in Zukunft kaum gelingen können, die Studenten zufrieden zu stellen, denn dieser Zufriedenheit steht zweierlei im Wege: ein faktisches Hindernis durch die Kapazitätsverordnungen sowie eine grundsätzlich fehlgeleitete Hochschulpolitik auf Bundes- und Länderebene.

### Überfüllte Vorlesungen trotz Studiengebühren

Es stimmt: verlängerte Öffnungszeiten der Bibliotheken, zusätzliche Lehrbücher, neu angebotene Tutorien verbessern die Studiensituation. Die größte Verbesserung wäre oft aber erreicht, würden neue Lehrstühle geschaffen werden und sich dadurch die Relation soundsovieler Studierender pro Dozent verringern lassen. Aber gerade hierfür können die zusätzlichen Mittel aus Studiengebühren nicht eingesetzt werden. Der Grund dafür ist einfach: würden zusätzliche Stellen in der Lehre geschaffen werden, müssten in einzelnen Studiengängen mehr Bewerber zum Studium zugelassen werden. Daher würde sich die Relation Studenten pro Dozent und damit die Studienbedingungen nicht verbessern lassen.

Die derzeit an den Universitäten eingeführten kleinen Verbesserungen können Studierende dagegen wenig überzeugen, da das eigentliche Problem durch sie nicht angegangen werden kann.

### Ein Studium ist keine Dienstleistung

Das weiterhin über 60 % der von Prof. Voeth und seinem Team befragten Studenten Studiengebühren generell ablehnen, hat allerdings nicht nur mit den bisher kaum gefühlten Verbesserungen der Studiensituation zu tun.

Hinter diesem Widerstand verbirgt sich vielmehr eine generelle Ablehnung einer Politik, die ein Studium wie eine Ware behandelt und - dem folgend - ein Studium den marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten der Qualität und Rentabilität unterziehen will. Ein Studium ist eben nicht mit dem Kauf eines Autos oder einer anderen Investition vergleichbar. Eine Hochschulpolitik, die diesen Pfad zur Entstaatlichung der Bildung weiter beschreitet, verkennt die Bedeutung einer Ausbildung, die nicht nur dem Studenten, sondern auch der Gesellschaft als Ganzes dient. Denn unsere Gesellschaft wird allein schon aus wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten her mehr gut oder sehr gut ausgebildete Fachkräfte in der Zukunft brauchen. Deutschlands Zukunft wird nur dann gelingen, wenn die richtigen Voraussetzungen für eine Wissensgesellschaft geschaffen werden. Dafür müssen auch die Studiensituation verbessert werden.

### Keine Verbesserung durch Studiengebühren

Studiengebühren aber führen nicht zu einer verbesserten Studiensituation an den Universitäten und Hochschulen. Denn zum einen können durch Studiengebühren nicht jene Lücken gestopft werden, die durch eine unzureichende finanzielle Deckung der Universitäten durch Steuergelder entstehen. Durch eingenommene Studiengebühren in Höhe von einigen Millionen Euro im Jahr wird keine Universität plötzlich jene Studienbedingungen bieten können, wie man sie an den sog. Eliteuniversitäten der USA oder auch an der ETH Zürich vorfindet.

Stattdessen führen Studiengebühren zu einer verschärften Selektion, in dem sie, flankiert durch eine unzureichende finanzielle Unterstützung der Studierenden durch BAföG oder Stipendien, nur jene in der Ausbildung befördert, die sich ein Studium leisten können, ohne aus der Vorlesung in den Nebenjob zu hetzen, um das Geld für Lebenskosten und Studiengebühren zu erarbeiten.

Für einen Großteil der Studierenden ergibt sich so aber keine verbesserte Studiensituation, sondern eine zusätzliche Belastung während des Studiums, durch die die Qualität der Ausbildung zusätzlich belastet wird. Da werden auch verlängerte Öffnungszeiten der Bibliotheken kaum als Verbesserung wahrgenommen, wenn durch den finanziellen Druck aufgrund Studiengebühren und unzureichender Unterstützung mehr Zeit fürs Jobben aufgewendet werden muss, die dann bei Lektüre und Studium fehlt. Die jetzigen kleinen Verbesserungen können diese Belastung nicht aufwiegen.

Eine Verbesserung der Studiensituation und eine damit einhergehende "Kundenzufriedenheit" wird so nicht erreicht werden können.